

## Dehoga-Chef Sieger verabschiedet sich – Stamsen neu gewählt



Foto: Dehoga

**Abschied:** Bernard Sieger – hier mit Gattin Renate.

**Oldenburger Münsterland** (hib). Der langjährige Vorsitzende des Dehoga Bezirksverbandes Weser-Ems, Bernhard Sieger vom Gasthof Sieger aus Thüle, wurde bei der Delegiertenversammlung nach 24-jähriger, ehrenamtlicher Tätigkeit für den Arbeitgeberverband des Gastgewerbes aus dem Amt verabschiedet. Das teilt der Dehoga mit.

Neuer Vorsitzender ist der Hotelier Olaf Stamsen aus Wilhelmshaven. Stamsen ist laut Mail Inhaber der Hotels Seestern, Delphin und Lachs am Wilhelmshavener Südstrand. Sieger habe bereits im Vorfeld der Delegiertentagung erklärt, dass er nicht wieder für den Vorsitz kandidieren wolle, hieß es in einer Mitteilung.

Der Thüler begann 1995 in Cloppenburg als Vorsitzender des dortigen Kreisverbandes. Vorsitzender des Dehoga-Bezirksverbandes Weser-Ems war er seit 2007. Darüber hinaus war er laut Mitteilung langjähriges Mitglied in der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer IHK Oldenburg und hatte den Vorsitz des Tourismusausschusses der IHK inne. Ferner vertrat Sieger in vielen anderen Gremien in den kommunalen Gebietskörperschaften die Interessen des Gastgewerbes in Weser-Ems.

Mit Sieger standen auch weitere, zum Teil langjährige Weggefährten, nicht mehr für eine erneute Wiederwahl zur Verfügung: Ulrich Steinkamp aus Vechta, Gerfried Hülsman aus Rodenkirchen in der Wesermarsch, Franz-Josef Schubert aus Friesoythe sowie Heike Thomas aus Bad Zwischenahn.

Das Vorstandsteam bilden mit Stamsen nun als Stellvertreter Bernd Voss (Voss; Westerstede), und Holger Kruse (CCH, Acara und Antares; Oldenburg) sowie Schutzmeisterin Meike Schlömer-Thomann (Schlömers Hotel; Cloppenburg) und Schriftführer Lars Lindenberg (home Hotel, Wilhelmshaven).

# Lüftungsanlagen gibt es vorerst wohl nicht

Der Schulausschuss des Landkreises Vechta stimmt gegen den sofortigen Einbau der Geräte in seinen Schulen

VON STEFAN FREIWALD

**Vechta.** Warum müssen unsere Kinder im Winter in eiskalten Klassenräumen sitzen, weil ständig frische Luft herrschen muss? Warum gibt es keine Lüftungsanlagen? In der Corona-Krise geisterte monatelang die Diskussion über die schlechte Ausstattung der Schulen durch die politische Landschaft.

Jetzt legt der Bund ein milliardenschweres Förderprogramm für den Einbau von Lüftungsanlagen auf. Immerhin 80 Prozent der Kosten will Berlin tragen. Doch viele Kommunen wollen die sogenannten raumlufttechnischen Anlagen nicht. Auch nicht in Südoldenburg. Nach dem Schulausschuss des Stadtrats in Damme hat sich nun auch das entsprechende Gremium des Landkreises gegen eine Teilnahme an dem Förderprogramm ausgesprochen.

„Alles, was wir für Kinder machen, kann nicht mit Geld aufgewogen werden“, sagte zwar André Hüttemeyer (CDU) am Donnerstag im Schulausschuss des Landkreises. Aber dieses Programm sei ein Schnellschuss. Für seinen Parteifreund Bernard Decker ist das Bundesprogramm ebenfalls nicht die Lösung. Viele Fragen wie die Lautstärke der Anlagen und die Folgekosten seien ungeklärt, Handwerker, die die Geräte einbauen könnten, seien schwer verfügbar, und die meisten Kinder, auch unter zwölf Jahren, seien bis zur Inbetriebnahme geimpft.

In seinem Förderprogramm gibt der Bund bis zu 500000 Euro für den Einbau von Lüftungs-



**Fenster auf:** Diese Regel gilt auch, wenn Schulen über Lüftungsanlagen verfügen.

Symbolfoto: dpa

anlagen pro Schule. Das gilt allerdings nur für die Klassen eins bis sechs, weil solche Kinder noch nicht geimpft werden können, erläuterte Petra Ahlers, Leiterin des Gebäudemanagements beim Landkreis. Das betreffe vier Schulen in Trägerschaft des Landkreises: die Gymnasien Antonianum, Lohne und Damme sowie die Elisabethschule an ihren Standorten Vechta und Lohne. Für jedes dieser Schulgebäude habe der Landkreis eine Förderzusage in maximaler Höhe von zusammengekommen 2,5 Millionen Euro, der Eigenanteil des Kreises werde laut Ahlers mit Planungskosten und ei-

nem finanziellen Puffer voraussichtlich rund 1,4 Millionen Euro betragen. Der Umbau könne in den kommenden Sommerferien über die Bühne gehen.

Zu teuer, zu langsam realisierbar und nicht verhältnismäßig sei das Programm, urteilten Vertreter aller Parteien. Für Heiko Bertelt (FDP) stimmt „das Kosten-Nutzen-Verhältnis“ nicht. Besser wären günstigere CO<sub>2</sub>-Ampeln. Natalie Schwarz (CDU) gab zu bedenken, dass der Kultusminister Lüftungsgeräte nicht als Ersatz, sondern nur als Ergänzung für regelmäßiges Lüften ansehe. Und auch Sam Schaffhausen (SPD) sprach sich

gegen eine Teilnahme am Programm aus, gab aber zu bedenken, dass es schlecht wäre, „wenn wir nichts aus der Pandemie gelernt hätten“. Deswegen stimmte er dem CDU-Antrag zu, dass bei Schulsanierungen oder Neubauten unbedingt Lüftungsanlagen eingebaut werden sollten. Nur eben nicht sofort.

Nur der Ausschussvorsitzende hatte Bauchschmerzen bei diesem Beschluss: „Ist es der richtige Weg, erstmal abzuwarten und zu hoffen, dass es schon gut gehen wird?“, fragte Aloys Schulte (SPD). „Was ist mit den Schulen, die erst gerade saniert wurden? Die müssen jetzt Jahr-

zehnte auf eine Lüftung warten.“

Immerhin, geht es nach dem Ausschuss, dürfen sich die kreiseigenen Schulen freuen, die wegen zu kleiner Klassenräume oder aus anderen Gründen in einigen ihrer Räume nicht richtig lüften können. Sie können bei ihrem Schulträger mobile Luftreiniger bestellen. Außerdem gibt es CO<sub>2</sub>-Ampeln, die zum Lüften animieren sollen. Für beides stellt der Kreis insgesamt rund 170 000 Euro zur Verfügung. Das Geld dafür gibt zu 80 Prozent das Land Niedersachsen. Den Rest finanziert der Kreis.

## Neue Wege für die historische Forschung in Südoldenburg

In Stapelfeld wurde jetzt ein Institut für Regionalgeschichte und Katholizismusforschung gegründet

**Oldenburger Münsterland** (ak). Professor Dr. Michael Hirschfeld aus Vechta ist der erste Direktor des am 15. September in der Katholischen Akademie in Stapelfeld neu gegründeten „Instituts für Regionalgeschichte und Katholizismusforschung“. Ihm zur Seite steht Privatdozentin Dr. Maria Anna Zumholz als stellvertretende Direktorin. Beide Historiker sind

Angehörige der Universität Vechta.

Das neue Institut, in der Form eines gemeinnützigen Vereins konstituiert, ist die Nachfolgeeinrichtung der vom im Februar 2021 verstorbenen Professor Dr. Joachim Kuropka 2008 ins Leben gerufenen „Arbeitsstelle für Katholizismus- und Widerstandsforschung“. Diese an der Uni Vechta angesiedelte Ar-

beitsstelle wird Mitte Oktober seitens der Universität aufgelöst.

Ziel der neuen regionalgeschichtlichen Einrichtung soll es sein, Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen zu unterstützen, die in Zusammenhang mit der Geschichte des Oldenburger Münsterlandes, der gesellschaftlichen, kirchlichen und religiösen Entwicklung der Re-

gion stehen. Dazu sollen auch Vorträge, Exkursionen und Arbeitstagungen stattfinden. Hirschfeld und Zumholz betonten, man werde mit dieser Institutsgründung, die auch vom Offizialat in Vechta unterstützt wird, neue Wege für die historische Forschung ermöglichen.

Bei der Gründungsversammlung, an der 18 Gründungsmitglieder vor Ort oder im Rahmen

einer Telefonkonferenz teilnahmen, wurde Gertrud Arkenau zur Schriftführerin gewählt. Zudem wurde eine Satzung als Voraussetzung für die Eintragung in das Vereinsregister verabschiedet. Hingewiesen wurde zudem auf erste, bereits begonnene Vorhaben, die sich zum Beispiel mit der Geschichte des Thomas-Kollegs in Vechta befassen oder die Galen-Forschung erweitern.

### KOLUMNE

## Huhu Marcel Schweitzer,

VON ANDREA HARMONIKA

Wie Sie, als Sprecher des Hamburger Senats hatten Sie letzte Woche aber reichlich zu tun! Immerhin kommt es nicht alle Tage vor, dass es der eigene Chef medial unter dem Stichwort „Pimmelgate“ einmal um den Globus schafft. Wir erinnern uns: besagter Chef, also Hamburgs Innenminister Andy Grote, hatte sich im Mai auf Twitter über feiernde Jugendliche empört, welche im Schanzenviertel die Corona-Abstandsregeln missachteten. Er sprach von „Ignoranz“ und „dämlicher Aktion“, woraufhin ein User seinen Tweet mit den Worten „Du bist so 1 Pimmel“ kommentierte. Ok, Hände hoch wer noch nie über das Wort „Pimmel“ gelacht hat. Ihr Chef

hingegen fand das gar nicht witzig, weshalb er gegen den „Pimmel“-Schreiber Anzeige erstattete. Der wiederum bekam dann letzte Woche um 6 Uhr morgens Besuch von sechs PolizistInnen. Ding Dong, Durchsuchungsbeschluss. Laut Staatsanwaltschaft erfüllte der „Pimmel“ nämlich den Tatbestand der Beleidigung und rechtfertigte somit eine Hausdurchsuchung.

Respekt, wenn man bedenkt, dass das Landgericht Berlin der Grünen-Politikerin Renate Künast noch vor zwei Jahren erklärte, sie müsse es sich schon gefallen lassen, wenn man sie im Netz als „Stück Scheiße“, „Drecks F\*\*\*\*“ oder „alte perverse Drecksau“ beschimpfte. Damals war das zuständige Gericht tatsächlich der Ansicht, dass die Antragstel-

lerin als Politikerin „sich auch sehr weit überzogene Kritik gefallen lassen muss“. LOL!

Aber gut, diese Zeiten sind ja offenbar vorbei. Und zwar völlig zurecht! Immerhin ist Hate-



„Umso wichtiger also, dass Menschen es einfach nicht mehr hinnehmen, wenn sie öffentlich beleidigt werden“

speech im Netz eine sehr reale und mitunter beängstigende Zersetzungsstrategie, deren Ziel es ist, unliebsame Menschen zu zermürben und aus öffentlichen Debatten und Positionen zu verdrängen.

Umso wichtiger also, dass Menschen es einfach nicht mehr hinnehmen, wenn sie öffentlich beleidigt werden. „Hate Speech bekämpft man nicht, indem man wegschaut“, stellten

rinnen und Bürger, die sich insbesondere in den sozialen Netzwerken beleidigt sehen, Anzeige zu erstatten.“

Alles wichtig und richtig, Herr Schweitzer. Trotzdem hinterlässt der Auslöser Ihrer Worte leider einen Beigeschmack. Und zwar nicht nur, weil Ihr Chef (der sich über feiernde Jugendliche mokierte), selbst im August 2020 noch ein Bußgeld über 1000 Euro kassierte, weil er, Achtung Treppenwitz, eine private Corona-Party schmiss. Vielmehr ist es die Tatsache, dass im Fall von Andy Grote bereits „1 Pimmel“ für das Stürmen einer Privatwohnung reicht, während es bei Leserbriefen, die mit „Für solche wie dich haben wir schon einen Laternenpfahl reserviert!“ leider

heißt: Sorry, juristisch nicht relevant.

Und so keimt dann doch der Verdacht, dass die Strafverfolgung von Hatespeech im Netz offenbar eher Glückssache ist.

relevant.istist.Strafverfolgung von Hatespeech im Netz offenbar eher Glückssache ist.

### ZUR PERSON

- **Andrea Harmonika** ist freie Autorin und veröffentlicht unter anderem auf der Website [www.andrea-harmonika.de](http://www.andrea-harmonika.de).
- Die Autorin lebt in Damme.
- Sie erreichen die Kolumnistin per E-Mail an: [redaktion@om-medien.de](mailto:redaktion@om-medien.de).